



Newsletter

des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Pflegezeitmodelle im europäischen Vergleich – Förderung der Familienpflege in Europa

Annette Angermann und Sabrina Stula vom Deutschen Verein stellen Regelungsmodelle vor, die Arbeitnehmern in Europa die Pflege erkrankter Angehöriger ermöglichen. Anlass für die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa, sich mit dem Thema „Pflegezeitmodelle im europäischen Vergleich“ zu beschäftigen, ist der in Deutschland angekündigte Gesetzentwurf zur „Familienpflegezeit“. Das neue Pflegezeitmodell verfolgt das Ziel, Arbeitnehmern die Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger in häuslicher Umgebung zu ermöglichen und ihnen gleichzeitig ihre finanzielle Absicherung sowie ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

In nahezu allen europäischen Ländern gibt es einen Anspruch auf kurzzeitige Abwesenheit von einigen Tagen bis zu einigen Wochen. Längere Freistellungsmöglichkeiten von bis zu zwei Jahren gibt es in Österreich, Belgien, den Niederlanden, Italien, Irland und Spanien. Ergänzend werden in Belgien und den Niederlanden Arbeitszeitkontenmodelle und in Österreich, den Niederlanden, Großbritannien, Irland und Spanien flexible Arbeitszeiten eingesetzt. In den sieben EU-Mitgliedstaaten gibt es keine mit der in Deutschland diskutierten Familienpflegezeit vergleichbaren Modelle.

Es gibt wenige nationale und europäische Berichte darüber, wie die existierenden Modelle genutzt werden. Nationale Evaluierungen zeigen jedoch, dass die vorhandenen Systeme insgesamt wenig in Anspruch genommen werden. Gründe hierfür liegen zum einen in der Ausgestaltung der Modelle (fehlende Finanzierungsmöglichkeiten, Fixierung auf Vollzeitbeschäftigung). Zum anderen liegt es auch daran, dass sich pflegende Angehörige häufig nicht als unterstützende Personengruppe wahr-



nehmen. Insgesamt bleibe es auch vor dem Hintergrund entsprechender Entschlüsse des EU-Beschäftigungsrats und des Europäischen Parlaments vorrangig, insbesondere informell pflegende Angehörige rechtlich besserzustellen. Auch der deutsche Gesetzentwurf zur Familienpflegezeit müsse in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Weitere Informationen dazu erhalten Sie im NDV 2010 Heft 11 und unter www.deutscher-verein.de.



**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.,**

ein neues Jahr – ein neues Design, so präsentieren wir Ihnen heute den Newsletter des Deutschen Vereins. Auch zukünftig werden wir Sie über Neuigkeiten aus dem Deutschen Verein informieren.

In diesem Jahr stehen wieder wichtige Termine an, auf die ich Sie gern hinweisen möchte. Im Juni findet in Magdeburg unsere Mitgliederversammlung statt. Im September werden der Parlamentarische Abend und der Hauptausschuss in Berlin veranstaltet. Auch das Motto des Deutschen Fürsorgetages (DFT) für 2012 steht schon fest: „Ohne Bildung keine Teilhabe – Von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter“. Besonders freuen wir uns, dass der Bundespräsident Christian Wulff und die Familienministerin Kristina Schröder zugesagt haben und den Fürsorgetag eröffnen werden.

Der Deutsche Verein wird auch und gerade in diesem Jahr wie in den vielen Jahrzehnten zuvor mit seinen Empfehlungen und Stellungnahmen Vorschläge machen, um der Politik ein fachlich anerkannter Berater zu sein. In diesem Jahr sind wir gespannt auf eine intensive Debatte zum Kinderschutzgesetz und zum SGB II. Wir sind neugierig auf die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses und nur verhalten optimistisch.

Wie gewohnt stehen wir für Sie als kompetenter Ansprechpartner für alle sozialen und sozialpolitischen Belange zur Verfügung – wir freuen uns auf die gemeinsame Zusammenarbeit!

Viel Spaß beim Lesen dieser ersten Ausgabe in 2011 wünscht

Michael Löher
Vorstand des Deutschen Vereins

Aktuelles aus dem Präsidium

Sitzung des Präsidiums des Deutschen Vereins

Das Präsidium des Deutschen Vereins hat am 8. Dezember 2010 folgende Empfehlungen und Stellungnahmen verabschiedet, die im NDV veröffentlicht werden und im Internet unter www.deutscher-verein.de abgerufen werden können.

Empfehlungen des Deutschen Vereins zur erfolgreichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch die Kinder- und Jugendhilfe

Der Deutsche Verein versteht unter Integration die chancengleiche Partizipation der Menschen an allen gesellschaftlichen Lebensbereichen und den chancengerechten Zugang hierzu. Dies beinhaltet die Teilnahme und Teilhabe an allen gesellschaftlichen Ressourcen, die aktive Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Entscheidungen sowie die damit verbundene Verantwortungsübernahme. Integration ist ein Prozess, der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen einbezieht und fordert.

Mit dieser Empfehlung will der Deutsche Verein den Integrationsprozess und die Änderung der Perspektive auf Menschen mit

und Jugendhilfe und damit an der Gesellschaft gegeben werden.

Empfehlung des Deutschen Vereins zur besseren Teilhabe älterer Migrantinnen und Migranten

Zugangsbarrieren wie Informationsdefizite und mangelnde Sprachkenntnisse erschweren oder verhindern die Nutzung von Angeboten der Altenhilfe und Pflege. Die interkulturelle Öffnung der Strukturen der Regelversorgung ist noch nicht im erforderlichen Maß gelungen, auch wenn es in der Praxis eine Vielzahl von Anstrengungen gibt. Nach Auffassung des Deutschen Vereins kann es nicht darum gehen, Sonderwelten zu schaffen. Ältere Migranten müssen ebenso wie die übrige Altersbevölkerung teilhaben können. Der Deutsche Verein möchte alle Akteure im Bund, in den Ländern und den Kommunen sowie die Freie Wohlfahrtspflege sensibilisieren und ermutigen, in die positive Gestaltung einer alternden Gesellschaft auch die kulturelle und ethnische Vielfalt des Alters einzubeziehen und verbindliche Strukturen für eine interkulturelle Öffnung zu schaffen.

Empfehlung des Deutschen Vereins zur Gestaltung einer wohnortnahen Pflegeinfrastruktur



Diese Empfehlung soll vorrangig die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen bei der Gestaltung der Beratungsinfrastruktur insbesondere für pflegebedürftige, chronisch kranke und behinderte Menschen und ihre Unterstützungspersonen darstellen, insbesondere im Vorfeld von Pflegebedürftigkeit. Ziel der Infrastruktur

sollte die Bildung von integrierten Beratungszentren mit Schwerpunktbereichen sein. Sie sollten wohnortnah und mobil beraten. Dabei sollte weniger nach speziellen Hilfeformen oder Gruppen von Hilfeempfängern differenziert werden. Der Beratungsbedarf muss an die bestimmte Lebenssituation angepasst werden.

sollte die Bildung von integrierten Beratungszentren mit Schwerpunktbereichen sein. Sie sollten wohnortnah und mobil beraten. Dabei sollte weniger nach speziellen Hilfeformen oder Gruppen von Hilfeempfängern differenziert werden. Der Beratungsbedarf muss an die bestimmte Lebenssituation angepasst werden.

Aktuelles aus der Geschäftsstelle

Perspektiven für das soziale Europa

„Es liegt in der Verantwortung der Politik, aus dem Europa des ungezähmten Markts endlich ein Europa zu machen, in dem das Soziale genauso viel zählt wie der Wettbewerb“, sagte Angelica Schwall-Düren, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, anlässlich der Konferenz „Perspektiven für das soziale Europa – Sozialpolitische

Gestaltung über Marktintegration und Rechtsprechung hinaus“, zu der der Deutsche Verein nach Berlin eingeladen hatte. Michael Löher, Vorstand des Deutschen Vereins, betonte, dass der DV auch auf europäischer Ebene Einfluss nehmen und die Erfahrungen der praktischen sozialen Arbeit vor Ort nach Brüssel transportieren müsse.

Mit Vertretern der Wissenschaft, der kommunalen Spitzenverbände sowie der Freien

Wohlfahrtspflege wurde insbesondere der Einfluss des Europäischen Gerichtshofs und des europäischen Binnenmarktes auf die Sozialpolitik kritisch unter die Lupe genommen.



Angelica Schwall-Düren und Michael Löher

Strategien gegen Rechtsextremismus auf dem Prüfstand

Gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege veranstaltete der Deutsche Verein im Dezember 2010 in Berlin eine Fachtagung „Kommunale Strategien gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen“.

Rechtsextreme Organisationen machen heute nicht so sehr durch Traditionsveranstaltungen oder Kampagnen gegen Ausländer auf sich aufmerksam. Sie sind vielmehr als Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen sozial aktiv. Sie engagieren sich für Kindergärten, in der Jugendarbeit oder in der Hartz-IV-Beratung. Rechtsextreme drängen so in die „Mitte der Gesellschaft“. Damit haben sie in Sachsen den Sprung ins Landesparlament geschafft. Die pädagogischen und sozialen Bestrebungen rechtsextremer Organisationen sind nicht neu, sondern eine Tendenz, die schon auf einer Fachkonferenz der BAGFW im Jahr 2008 festgestellt wurde und nach wie vor aktuell

ist. Darüber waren sich die Veranstalter und Teilnehmer einig, auch darüber, dass die Zeiten vorbei sind, in denen Kommunen die Aktivitäten und den Einfluss rechtsextremer Organisationen gelegentlich oder ignoriert haben. In der Fachtagung war man sich einig, dass die bisher vernachlässigte Aufgabe darin bestehe, aktiv auf diejenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen zuzugehen. Gerade auf die, die schwierig, die auf die „schiefe Bahn“ und mit dem Rechtsextremismus in Kontakt gekommen sind. Uwe Lübking bekräftigte für den Deutschen Städte- und Gemeindebund, dass eine funktionierende sozialstaatliche Demokratie die beste Waffe gegen rechtsextremistische Agitation sei. Er betonte, dass es nicht ausreiche, rechtsextreme Strukturen und Organisationen zu beobachten, zu analysieren oder repressiv zu bekämpfen. Die Kommunen brauchten vielmehr präventive Strategien und eine institutionelle Förderung von Beratungseinrichtungen. Kernelement einer solchen müsse die Zusammenarbeit der Kommunen und der zivilgesellschaftlichen Organisationen sein.

Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...



Johannes Fuchs

1976

Diplom-Verwaltungswissenschaftler an der Universität Konstanz

1977–1978

Leiter des Kreisplanungsamtes beim Rems-Murr-Kreis

1978–2002

Bürgermeister der Gemeinde Urbach

seit 2002

Landrat des Rems-Murr-Kreises

seit 2010

Mitglied im Präsidium des Deutschen Vereins

Neuerscheinungen

Handbuch innovative Kommunalpolitik für ältere Menschen

Herausgegeben von Christine Bischof und Barbara Weigl

2010, 400 Seiten, 25,90 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 19,80 €.

Das Handbuch bietet fundierte Einführungen in aktuelle politische Konzepte und stellt 46 innovative Praxisbeispiele aus sechs zentralen Handlungsfeldern vor. Die Beiträge geben Orientierungshilfen und vielfältige Anregungen für alle Akteure in den Kommunen, die sich für eine neue und nachhaltige Politik für ältere Menschen engagieren!

Diagnose und Diagnostik in der Sozialen Arbeit

Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 4/2010, 112 Seiten, 14,50 €, für Mitglieder des Deutschen Vereins 10,70 €.

(Fortsetzung nächste Seite)



Neuerscheinungen

(Fortsetzung von Seite 3)

Die soziale Diagnostik hat sich von einer Grundsatzfrage der Sozialen Arbeit zu einem ihrer Qualitätsmerkmale entwickelt. In vielen Arbeitsfeldern gehört sie bereits zum Kernbestand der professionellen Kompetenz. In diesem Heft werden aktuelle Ansätze, Verfahren und Instrumente vorgestellt und diskutiert – sowohl im Hinblick auf ihre theoretische Verortung als auch auf praktische Fragen ihrer Anwendung.

Bestellungen und weitere Informationen über die Publikationen des Deutschen Vereins unter

<http://verlag.deutscher-verein.de>

oder fordern Sie unser Verlagsverzeichnis an unter hally@deutscher-verein.de, Tel. 030/62980-316.

Personalien

In den Monaten November 2010 bis Januar 2011 hat es im Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

Neu im Deutschen Verein sind:

Julia Schnieder, Referentin Arbeitsfeld II

Steffen Selicko, Referent im Projekt „Engagiert in Deutschland“

Manuela Klesse, Referentin Arbeitsfeld III

Matthias Köpp, Referent Arbeitsfeld III

Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden:

Dr. Antje Wrackmeyer-Schoene, Referentin Arbeitsfeld III, **Simone Brandmayer**, Referentin Arbeitsfeld III

Impressum:

Redaktion:
Katja Schneider, Berlin
Tel.: (0 30) 6 29 80-6 09
E-Mail: schneider@deutscher-verein.de

Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Geschäftsstelle:
10179 Berlin-Mitte
Michaelkirchstraße 17/18
Tel.-Sammel-Nr.: (0 30) 6 29 80-0
Fax: (0 30) 6 29 80-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankverbindung:
Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00)

Druck:
Bonifatius GmbH
Druck-Buch-Verlag
Paderborn

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

11. Runde der CivilAcademy für junge Engagierte

Junge Erwachsene zwischen 18 und 27 Jahren können auch dieses Jahr wieder bis zum 6. März 2011 mit einer kreativen Idee für ein Engagementprojekt um die Teilnahme am Trainingsprogramm der Civil Academy bewerben. Die Civil Academy will junge Engagierte darin unterstützen, die Idee für ein ehrenamtliches Engagement erfolgreich weiterzuentwickeln und in die Tat umzusetzen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.civil-academy.de

Weitere Informationen finden Sie unter: www.civil-academy.de

Veranstaltungen von März bis Mai 2011

- | | |
|------------------------|---|
| 24. bis 25. März 2011 | Ort: Münster |
| F 701/11 | Ausländerbehörden und Jugendhilfe – Kindeswohl als Kooperationsmöglichkeit |
| 24. bis 25. März 2011 | Ort: Erkner b. Berlin |
| F 702/11 | Familienrat: Paradigmenwechsel in der Sozialen Arbeit?! |
| 30. März 2011 | Ort: Berlin |
| F 416/11 | Das Alter hat viele Gesichter: gesellschaftliche Altersbilder |
| 4. bis 5. April 2011 | Ort: Erkner b. Berlin |
| F 226/11 | Interkulturelle Konzepte der Kinder- und Jugendhilfe |
| 6. April 2011 | Ort: Berlin |
| F 422/11 | Ergebnis- und Lebensqualität in der Pflege: Chance und Herausforderung |
| 7. bis 8. April 2011 | Ort: Münster |
| F 613/11 | Europäische Rahmenbedingungen und Trends für die Finanzierung sozialer Dienste in Deutschland |
| 11. bis 13. April 2011 | Ort: Hannover |
| F 137/11 | Netzwerktagung für Controllerinnen und Controller sowie Führungskräfte aus den Bereichen der SGB II, VIII, XII |
| 2. bis 3. Mai 2011 | Ort: Hannover |
| F 135/11 | Forum Qualitätsmanagement: Qualitätsberichte und Qualitätsdialoge in sozialen Hilfesystemen |
| 2. bis 4. Mai 2011 | Ort: Weimar |
| F 324/11 | Aktuelle leistungsrechtliche Fragen des SGB II |
| 9. bis 11. Mai 2011 | Ort: Gültstein b. Stuttgart |
| F 230/11 | Forum: Fachberatung für Kindertagesbetreuung in veränderten Strukturen |
| 12. bis 13. Mai 2011 | Ort: Erfurt |
| F 224/11 | Kommunale Gleichstellungspolitik – gerechte Konzepte für Frauen und Männer |
| 16. bis 17. Mai 2011 | Ort: Berlin |
| F 718/11 | MSA ade! Willkommen KSÜ! Das neue Haager Kinderschutzübereinkommen – Kinderschutz im internationalen Kontext |

Weitere Veranstaltungsankündigungen unter

<http://veranstaltungen.deutscher-verein.de>

Kontakt: Telefon: 030 62980 -605/ -606 /-419

E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

Online-Anmeldung erwünscht!